

# der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 02 / 2018

SPD-LANDTAGSFRAKTION

## Best of SPD im Freistaat Bayern

Die Fraktion zieht Bilanz

Seiten 6 und 7

INTERVIEW

„Wir müssen wieder ein Ort werden, wo die wichtigen gesellschaftspolitischen Diskussionen stattfinden.“

Erster Teil des Interviews mit Renate Schmidt

Seiten 4 und 5

## Vorwort

Liebe Leserinnen  
und Leser,



der SPD-Bundesparteitag hat sich für Koalitionsverhandlungen mit der Union ausgesprochen. Das Votum war knapp dafür – ähnlich wie beim Parteiausschuss der Nürnberger SPD.

Wir haben zuhause wie in Bonn leidenschaftlich und couragiert diskutiert, wie wir die Sozialdemokratie wieder auf die Erfolgsspur setzen können. Und wir haben vor allem eine Debattenkultur, geprägt von gegenseitigem Respekt, gelebt, wie sie in keiner anderen Partei anzutreffen ist. Zudem haben wir für die weiteren Gespräche deutlich gemacht: Die Union muss sich bewegen. Wir wollen ein Ende der 2-Klassen-Medizin und der sachgrundlosen Befristung sowie Härtefallregelungen beim Familiennachzug. Versperren sich die Konservativen hier, wird es schwer, eine Mehrheit für den Vertrag zu bekommen.

Am Ende entscheiden alle Mitglieder im Rahmen eines Mitgliederentscheids. Basis statt Basta. So viel an Beteiligung gibt es wirklich nur in und mit der SPD. Euer

Thorsten Brehm

## SPD sagt „Ja“ zu Koalitionsverhandlungen



Foto: SPD

Die Delegierten entschieden sich mit 56% der Stimmen für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen.

### AUS DEM PARTEIVORSTAND

Es steht fest: die SPD wird in Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU eintreten und die Mitglieder der SPD werden das letzte Wort über die Bildung einer großen Koalition haben. Ein eigens dafür einberufener Sonderparteitag hat dies mit 56 Prozent Zustimmung entschieden.

Die Delegierten folgten damit dem Leitantrag des Parteivorstandes, der auch die Vorbehalte vieler Skeptiker aufgriff und den Verhandlungsführern den klaren Auftrag mit auf den Weg gab, für weitere Fortschritte insbesondere in drei Punkten einzutreten:

- die Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen sowie die Einschränkung der Befristungsmöglichkeiten im Allgemeinen, gerade bei Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteigern
- die Gesundheitsversorgung nach dem Bedarf der Patientinnen und Patienten und nicht nach ihrem Versicherungsstatus auszurichten
- Eine weitergehende Härtefallregelung für den Familiennachzug zu Flüchtlingen, um Familien das Zusammenleben zu ermöglichen.

Martin Schulz kündigte an, in den Koalitionsverhandlungen weiter intensiv zu verhandeln, um noch mehr für

die Menschen in unserem Land rauszuholen. Dem vorausgegangen war ein, auch für die zukünftige Ausrichtung der Partei, wegweisender und spannender Sonderparteitag.

Befürworter ebenso wie erbitterte Gegner der „GroKo“, Jusos wie Ehrenmitglieder, Vorstandsmitglieder wie „einfache“ Delegierte verdeutlichten in über 50 Redebeiträge eindrucksvoll die Breite und Vielfalt für die die SPD steht. Rückblickend bezeichnete Martin Schulz die Debatte als „eindrucksvolles Beispiel für gelebte – und lebhaft – Demokratie“.

Die Ergebnisse der Sondierungsgespräche sowie der Beschluss des Sonderparteitags sind auch online abrufbar: <https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/spd-tritt-in-koalitionsverhandlungen-ein/21/01/2018/>

### Parteiausschuss diskutiert ausführlich, kontrovers und fair

Auch die NürnbergSPD diskutierte im Rahmen eines sehr gut besuchten, parteiöffentlichen Parteiausschusses leidenschaftlich, aber respektvoll über die Sondierungsergebnisse. „In unserer fast dreistündigen Debatte wurde deutlich, dass sich die Union bei vielen Gerechtigkeitsfragen noch bewegen muss. Andernfalls wird es schwer, eine Mehrheit

unter allen Genossinnen und Genossen für eine neue große Koalition zu gewinnen“, gibt Thorsten Brehm das Stim-



Juso-Vorsitzender Kevin Kühnert

mungsbild seiner Mitglieder wieder. Die abschließende Abstimmung endete mit 28:26 Delegiertenstimmen ähnlich knapp wie auf dem Bundesparteitag. Zuvor waren sowohl Befürworter als auch Gegner der Fortführung der Gespräche mit der Union ausführlich zu Wort gekommen.

### Jetzt entscheiden die Mitglieder – genaue Informationen folgen

Mit den Diskussionen der vergangenen Wochen und mit dem Parteitag hat sich die SPD als lebendige Mitgliederpartei präsentiert. Nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen haben die Mitglieder das letzte Wort über den Koalitionsvertrag und die Bildung einer erneuten großen Koalition. Die abstimmungsberechtigten Mitglieder werden, wie schon 2013, per Post über den Ablauf der Mitgliederbefragung informiert. ■



BAYERN  
LANDTAGS  
FRAKTION  
**SPD**  
ARIF TAŞDELEN, Vorsitzender  
der Enquete-Kommission  
„Integration“ des Landtags

## Leitkultur - braucht's das?

Integrationsforum mit Arif Taşdelen

Ihre Meinung ist uns wichtig - Vorbeikommen und mitdiskutieren!  
Mo. 19.02.2018 - 18:30 Uhr im Haus Eckstein, Burgstraße 1-3

# Jahreshauptversammlung der AsF Nürnberg 2018

VON CORNELIA SPACHTHOLZ

Am Montag, den 15.01.2018, fand die JHV der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) Nürnberg statt. Doch bevor es offiziell losgehen konnte, hatten wir Sat1 Bayern vor Ort zu Gast. Natürlich waren die Journalist\*innen an unserer Haltung zum Sondierungspapier und potentieller erneuter GroKo interessiert und

Schließlich widmeten wir uns all den Aktivitäten, die wir als AsF Nürnberg in 2017 neben unseren monatlichen Treffen gestemmt hatten – von JHV mit der Verabschiedung vieler Anträge, über einen gut besuchten Frauempfang mit Gabriela Heinrich, MdB, als Gastrednerin anlässlich des Internationalen Frauentags, über unsere Beteiligung am Equal Pay Day, unserem ersten frauen- und familienpoli-

meldungen veröffentlicht z.B. auch zur #Muttertags-Wunsch-Kampagne oder auch zum #Schwangerschaftsabbruch – alle PMs sind auch auf der Homepage der SPD veröffentlicht. Auch in den Social Media sind wir mit der AsF Nürnberg aktiv und sichtbar, da wir seit 2017 ein Facebookprofil haben. Insgesamt können wir insbesondere vor dem Hintergrund des Engagements zur Bundestagswahl auf ein sehr aktives Jahr zurückblicken. Nach der Delegiertenwahl zur Bezirkskonferenz haben wir uns wieder Inhalten gewidmet.



Vorsitzende Cornelia Spachtholz (4 v.li.) mit dem Vorstandsteam der AsF Nürnberg

haben einige Genossinnen interviewt und ein paar Stimmungsbilder der Sitzung aufgenommen. Die Ergebnisse davon sind auf unserer Facebook-Seite verlinkt.

Inzwischen füllte sich das Cafe des Südstadtforums und wir freuten uns, als die Tür nochmals aufging und wir eine unserer Landtagskandidat\*innen, Kerstin Gardill, zur JHV begrüßen konnten, die von Anfang bis Ende an unserer Veranstaltung teilnahm und sich unter anderem auch mit einem Statement zur Situation von Frauen und Familien und der Notwendigkeit des flächendeckenden schulformübergreifenden Ausbaus der gebundenen rhythmisierten Ganztagschule in die Sitzung einbrachte. Nach der offiziellen Eröffnung und Begrüßung der JHV haben wir unserer in 2017 verstorbenen Genossinnen gedacht.

tischen Frühschoppen, unserm Sommerfest mit Lissy Gröner, MdEP a.D., unserer Beteiligung am Equal Pension Day – dem Tag der zum Rentenunterschied zwischen Frauen und Männern sensibilisiert, bis hin zu unserer aktiven Beteiligung im November zum Tag gegen Gewalt an Frauen und schließlich auch unserer Weihnachtsfeier, zu der unsere Landtagskandidatin Claudia Arabaczky und unsere Bezirkstagskandidatin Magdalena Reiß zu Gast waren.

Auch zum Thema Öffentlichkeitsarbeit war unser Engagement gut sichtbar, haben wir doch in 2017 sechs Presse-

Für welche Themenvielfalt wir Frauen, so unterschiedlich wir auch sind, brennen und uns gemeinsam engagieren, ist sehr gut an den 10 verabschiedeten Anträgen sichtbar – die Chancengleichheit im Bereich Bildung ebenso aufgreifen wie in beruflichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen und Ebenen. Wir sind gespannt, inwieweit wir Euch von den Inhalten auf der JHV des UB überzeugen können. Nach der Beratung und Verabschiedung der Anträge gewährten wir den Ausblick nach vorne – vorwärts.

Was konkret wir aus 2017 beibehalten und welche Veranstaltungsformate und Themen neu hinzukommen, werden wir auf unserer nächsten Sitzung besprechen. Die Termine hierfür sind auf der Homepage der SPD Nürnberg ersichtlich. Alle Frauen der SPD Nürnberg sind herzlich willkommen teilzunehmen, punktuell oder regelmäßig. Wir freuen uns auf Euch und brauchen Euch, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen auf Bundesebene und der anstehenden Landtags- und Bezirkstagswahl. ■

**Sind Rassismus und Diskriminierung heute wieder salonfähig?**

**Montag, 12. März 2018, 18:30 Uhr**

Karl-Bröger-Zentrum, Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg,

Raum: Willy-Pröls-Saal

# „Wir müssen wieder ein Ort werden, wo die wichtigen gesellschaftspolitischen Diskussionen stattfinden.“

## Erster Teil des Interviews mit Renate Schmidt

*Liebe Renate, Helmut Schmidt hat Fragen gerne mit dem Verweis „das ist Tagespolitik, dazu äußere ich mich nicht“ abgelehnt, eine Anekdote erzählt und dann war doch jedem klar, wie er zum Thema steht. Du meldest dich nicht wie andere Ex-Spitzenpolitiker jede Woche zu Wort, aber wenn dann klar und deutlich. Nach welchen Kriterien entscheidest du, ob und zu was du dich äußerst?*

Ich halte es für unanständig, wenn Menschen wie ich, die einmal mehr oder weniger wichtige Ämter innehatten, sich aus dem Off äußern, ohne irgendeine Verantwortung zu haben. Das was sie sagen ist ja eigentlich irrelevant, weil sie nicht mehr in der Position sind, es auch durchzusetzen. Es ist im Prinzip nur dazu da, um andere zu verwirren und das steht uns ehemaligen Verantwortungsträgern nicht zu. Wenn wir uns weiter einmischen wollen, dann müssen wir uns schlicht und einfach in die Niederungen des Tagesgeschäftes begeben. Es gibt ehemalige Kolleginnen und Kollegen, die sich als Delegierte zu Parteitagen aufstellen lassen und auch gewählt werden. Sie haben damit selbstverständlich das Recht, ihre Meinung kund zu tun, denn sie haben ja eine Funktion.

Dann gibt es aber natürlich auch Dinge, wo ich die Richtige bin und wo es wenige andere gibt, die etwas dazu sagen können. Zum Beispiel zur Geschichte der BayernSPD, oder, wenn es darum geht, wie sich Familienpolitik in den letzten Jahren entwickelt hat. Zu diesen Themen bin ich ein Stück weit Zeitzeugin, da habe ich eine Rolle gespielt – da sage ich dann natürlich etwas, wenn ich gefragt werde. Und natürlich wird es da auch mal aktuell, wenn es Bezüge zu heute gibt.

Eine kurze Anekdote dazu: ich bin ziemlich kurz nach meinem Ausscheiden, damals war Guido Westerwelle

noch Außenminister, für die Talkshow „Maybrit Illner“ angefragt worden. Es ging um die Aussage von Guido Westerwelle über die „spätromische Dekaden“, Hartz-IV und so weiter. Ich habe dann gefragt, wer denn sonst noch dabei sein soll. Das waren Jürgen Trittin, Guido Westerwelle selbst – und von der SPD sollte ich dabei sein. Ich wäre die einzige gewesen, die nichts mehr „zu sagen“ gehabt hätte! Da habe ich gesagt, dass ich das nicht mache, weil es nicht der Kleiderordnung entspricht. Man muss sich davor hüten, instrumentalisiert zu werden und dann als eine Art „Verhinderungsperson“ gegenüber anderen da zu sein nach dem Motto „wir haben der Kleiderordnung Rechnung getragen, es ist ja von der SPD die Schmidt dabei“ und diejenigen, die wirklich etwas zu sagen hätten, sind damit außen vor. Solche Sachen berücksichtige ich.

*Derzeit laufen Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU. Was denkst Du: wird es eine Neuaufgabe der Großen Koalition geben?*

Die prophetische Gabe besitze ich nun nicht. Wir haben nach der Wahl richtigerweise gesagt: Jetzt ist Schluss mit dieser Dauernden „Großkoalitionitis“, das tut dem Land nicht gut und der Partei auch nicht. Nun, seit Jamaika gescheitert ist, greift keiner mehr die FDP an, obwohl das dringend notwendig wäre! Keiner sagt der CDU, sie müsse sich auch mal etwas bewegen, sondern alle Schuld und Verantwortung liegt jetzt bei uns. Wir haben in meinen Augen richtigerweise gesagt, es muss nicht unbedingt eine „GroKo“ sein – es gibt auch andere Möglichkeiten, solange die Regierung handlungsfähig ist. Ich frage mich aber schon, wo die „Ergebnisoffenheit“ bleibt, wenn die Union alles andere als eine GroKo ausschließt. Eigentlich hätte man damit die Sondierungen bereits abrechnen

müssen, wenn die Gegenseite nicht bereit ist, wenigstens über die Grundsätze zu sprechen.

Sondiert wurde dann über lauter Kleinklein. Wenn wir uns fragen, warum wir trotz guter Arbeit in der Regierung gescheitert sind, liegt das meiner Meinung nach an der Tatsache, dass wir unser Tun nicht unter Überschriften gestellt haben. Wir haben viel Gutes geleistet, aber ein roter Faden war nicht erkennbar. Bei den jetzigen Sondierungsergebnissen fehlt er mir genauso. Wir verlieren uns in Details anstatt zu formulieren, dass wir die wachsende Ungleichheit in Deutschland bekämpfen wollen, ein gerechteres Steuersystem einführen, Rüstungsexporte einschränken wollen und so weiter. Dann muss man sehen, ob das, was die Union mittragen würde, ausreicht. Wenn es große Schnittmengen gibt, ist auch eine GroKo in Ordnung. Ist es zu wenig, müssen wir offen sagen: Es geht nicht!

*Stichwort roter Faden und Richtung: Wohin muss die SPD in Zukunft streben? Mehr nach Links oder mehr in die Mitte? Womit sollten wir uns beschäftigen?*

Die Systemfrage muss man nach wie vor stellen - nur heute natürlich vollkommen anders als früher! Die Diskussion um das Gender Mainstreaming zum Beispiel, von dem eine normale Verkäuferin nicht einmal weiß, was das eigentlich sein soll, oder die Frage nach der Ehe für alle; das ist alles wichtig und überhaupt nicht zu kritisieren. Aber das ist nicht das, was unsere Stammwähler umtreibt. Es stört sie zwar nicht, aber sie fragen sich: „Kommen wir da überhaupt noch vor? Sind das denn auch unsere Probleme?“ Wir sind als Sozialdemokratie gesellschaftspolitisch sehr weit in ein fortschrittliches Lager gerückt, sozialpolitisch sind wir aber mittlerweile viel zu weit rechts. Wir jubeln bei jedem

Freihandelsabkommen, anstatt zu fragen, wem die Globalisierung eigentlich nützt. Wer profitiert von ihr und wer zahlt drauf? Und dann werden wir sehen, dass bei vielen dieser Freihandelsabkommen die Durchschnittsbevölkerung draufzahlt. Auch bei uns, geschweige denn in den Ländern, mit denen wir die Abkommen schließen. Es profitieren nur die, die sowieso immer profitieren. Was wir brauchen ist eine soziale Globalisierung!

Wir brauchen auch Digitalisierung und Ökonomie 4.0 als Themen, aber das muss zusammen mit dem Sozialstaat 4.0 laufen. Die Fragen sind: wie sichern wir beispielsweise die Cloud- und Crowdworker ab? Was machen wir mit all den Menschen, die durch die Digitalisierung ihre Arbeitsplätze verlieren werden und für die gar nicht schnell genug neue entstehen können? Der fahrerlose LKW wird kommen, das werde auch ich noch erleben! Allerdings wird er auch hunderttausende LKW-Fahrer arbeitslos machen, die wir nicht alle zu Systemprogrammieren oder Altenpflegern umschulen werden können, denn dafür ist nicht jeder geeignet.

Andrea Nahles' Arbeitsversicherung halte ich für einen großen Sprung nach vorne, aber selbst das wird als Antwort noch nicht ausreichen. Ich war mal eine vehemente Befürworterin des bedingungslosen Grundeinkommens, mittlerweile bin ich skeptischer geworden. Dennoch muss die Diskussion dazu innerhalb und nicht außerhalb der SPD stattfinden. Dass wir uns solchen Problemen und Fragen wieder stellen, das ist weder links noch rechts, sondern das ist notwendig! Wir müssen endlich wieder ein Ort werden, wo die wichtigen gesellschaftspolitischen Diskussionen, mit dem Ziel es dann auch in der praktischen Regierungsarbeit umzusetzen, stattfinden. Das muss übrigens nicht immer von der Führung kommen; so etwas kann auch vor Ort, bei der Basis, beginnen und sich verbreitern. Aber die Führung muss dem gegenüber offen sein, das darf nicht einfach abgefrühstückt werden.

**Was blieb bei Dir vom Bundesparteitag im Dezember hängen? Woran fehlt es in unserer Partei momentan am meisten?**

Leider nicht viel. Was mir momentan fehlt ist eine realistische Vision, auch wenn Helmut Schmidt meinte, „wer Visionen hat, der soll zum Arzt gehen“. Meiner Meinung nach brauchen Sozialdemokraten eine Richtung, in die sie gehen und klare Ziele, die sie erreichen wollen. Richtung und Führung - das ge-

kampfzeiten teilweise acht Bierzelttermine. In meinem Dienstwagen hatte ich dreimal die gesamte Kluft, weil man nach der Rede rauskommt und bis auf die Haut nass ist. Wir sind zur nächsten Gaststätte gefahren, ich habe mich schnell umgezogen und dann ging es ins nächste Bierzelt.

Heutzutage gibt es sowas überhaupt nicht mehr. Welche Politikerinnen und



Renate Schmidt (re.) mit der Landesvorsitzenden und Spitzenkandidatin für die Landtagswahl, Natascha Kohnen, am Neujahresempfang der SPD Nürnberg im Januar 2018

Foto: Rüdiger Löster

hört für mich zusammen. Ich habe den Eindruck, daran hapert es momentan.

**Eine gute Überleitung: Natascha Kohnen ist – wie du damals –, stellv. Bundesvorsitzende, Parteivorsitzende und Spitzenkandidatin. Wo siehst du Parallele, wo Unterschiede?**

Ich finde es wunderbar, dass endlich wieder jemand aus Bayern auf Bundesebene in der SPD in verantwortlicher Position ist! Das war dringend notwendig und überfällig, nach mir gab es ja keinen oder keine mehr.

Man kann uns gar nicht wirklich vergleichen, vor allem, was die Rolle als Spitzenkandidatin betrifft. Ich hatte an einem Sommerwochenende in Wahl-

Politiker, werden heute noch in Bierzelte eingeladen? Das sind sogar von der CSU nur noch ganz wenige. Was ich damit sagen will: Es kommt heute auf teilweise vollkommen andere Wahlkampf führungen an. Das darf sich in meinen Augen natürlich nicht aufs Internet und digitale Wahlwerbung beschränken. Der direkte Kontakt muss nach wie vor da sein. Insofern gibt es schlicht und einfach aufgrund der Verhältnisse Unterschiede. Ich bin ein barockerer Typ als Natascha Kohnen und das wird auch immer so sein. Ich habe ganz sicherlich auch Nachteile gehabt auf anderen Gebieten, wo Natascha Kohnen Qualitäten hat. Ich würde die Unterschiede also nicht zu hoch aufhängen. ■

# Best of SPD im Freistaat Bayern

## Die Fraktion im Bayerischen Landtag zieht Bilanz

### LEHRERSTELLEN

Der Bildungsbereich ist eine besonders erfolgreiche Politiksparte der SPD. So ist es uns gelungen, die Streichung von 800 Lehrerstellen in Bayern durch die Staatsregierung zu verhindern. Klammheimlich hatte die CSU diese Stellen wegfallen lassen wollen. Die SPD-Fraktion hat das aufgedeckt, öffentlich gemacht und so die Stellen gerettet.

### KINDERGÄRTEN

Auch wenn die CSU aus ideologischen Gründen noch immer nicht zum ganz großen familienpolitischen Wurf bereit ist, konnten wir doch zumindest die Situation in den bayerischen Kitas deutlich verbessern: So kam es auf unseren Druck hin zu Verbesserungen bei der Finanzausstattung der Kitas, bürokratischen Vereinfachungen und einem Modellversuch für eine attraktivere Erzieherausbildung. Und: Inzwischen haben die Familien einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz – ein wichtiger Erfolg!

### JUSTIZ UND JUSTIZVOLLZUG

Unsere Beharrlichkeit hat sich ausgezahlt: Unsere Forderungen nach mehr Stellen in der bayerischen Justiz und im Justizvollzug sind endlich teilweise umgesetzt worden. Bedarf besteht aber insbesondere noch an den Amtsgerichten, bei den Staatsanwaltschaften und im Justizvollzug. Wir bleiben dran. Die von der Staatsregierung geplante Zusammenlegung von Bewährungs- und Gerichtshilfe haben wir vorläufig gestoppt.

### KAMPF GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Wir haben wichtige Impulse zur Weiterentwicklung des Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus gesetzt und schon lange vor der Staatsregierung das Thema „Reichsbürger“ aufgegriffen. Die Wiederaufnahme der Ermittlungen zum Oktoberfestanschlag geht auch auf unsere Forderung zurück. In Sachen „NSU“ behalten wir uns die Einsetzung eines weiteren Untersuchungsausschusses vor.

### ENTLASTUNG DER KOMMUNEN

Die SPD hat in der Großen Koalition eine Entlastung der Kommunen um mehr als 25 Milliarden Euro bis 2018 durchgesetzt. Diese Summe setzt sich zusammen aus

Investitionen, der vollen Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Finanzhilfen für die Bewältigung der gestiegenen Flüchtlingszahlen. Im Schnitt fließt rund ein Sechstel dieser Gelder nach Bayern.

### 60 MILLIONEN EURO FÜR STÄDTEBAUFÖRDERUNG

Die SPD hat die Erhöhung der Städtebauförderung durch den Bund im Koalitionsvertrag mit der Union durchgesetzt. Damit stehen Bayern seit 2014 jährlich 60 Millionen Euro mehr zur Verfügung.

### ALLEINERZIEHENDE

Die SPD hat auf Bundesebene für mehr Gerechtigkeit in der Familienpolitik gesorgt: Wir haben in der Großen Koalition durchgesetzt, dass der steuerliche Freibetrag für Alleinerziehende erstmals seit über zehn Jahren erhöht wird - und zwar deutlich um 600 Euro auf 1908 Euro.

### FLÜCHTLINGE

Ein wichtiger Erfolg für uns, aber vor allem für die vielen Flüchtlinge, ist die Schaffung neuer Erstaufnahmeeinrichtungen im Freistaat. Die früher nur zwei Standorte in Zirndorf und München waren völlig überlastet und setzten die Flüchtlinge zum Teil unmenschlichen Bedingungen aus. Die SPD-Landtagsfraktion hat seit 2010 so lange Druck aufgebaut, bis die CSU-Staatsregierung 2014 nachgeben und weitere Aufnahmekapazitäten zur Verfügung stellen musste.

Um die Integrationspolitik in Bayern neu zu gestalten, hat der Landtag eine Enquete-Kommission „Integration in Bayern“ eingesetzt, an der sich für die SPD die Nürnberger Abgeordneten Arif Tasdelen (Vorsitzender der Kommission) und Angelika Weikert beteiligen.

### PFLEGEAUSBILDUNG

Auf Initiative der SPD-Fraktion setzt sich die Staatsregierung auf Bundesebene dafür ein, dass bei der Neukonzeption der Pflegeausbildung alle drei bisherigen Berufsfelder – Kinderkranken-, Kranken- und Altenpflege – gleichberechtigt in der neuen Ausbildungsstruktur berücksichtigt werden.



### BÜRGERBETEILIGUNG

Wir setzen uns für Verbesserungen beim Bürgerbegehren und beim Bürgerentscheid ein. Es ist auch unserem beharrlichen Drängen zu verdanken, dass zukünftig auch nichtwahlberechtigte Gemeindeglieder an Bürgerversammlungen teilnehmen können.

### GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE

Auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion wurde in die Bayerische Verfassung das Staatsziel aufgenommen, gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land zu fördern und zu sichern. Unter der CSU-Regierung ist hier über Jahrzehnte leider ein ganz erhebliches Ungleichgewicht entstanden. Eine Bestandsaufnahme und Vorschläge für Verbesserungen sind die Aufgaben der von uns beantragten „Enquete-Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“. Seit 2014 tagt dieses Gremium des Landtags.

### GENTECHNIK

Der Beitritt Bayerns zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen geht auf unsere Initiative zurück. Seit 2010 hatten wir das Thema immer wieder in den Landtag eingebracht. Die CSU weigerte sich über Jahre hinweg, diesem Vorschlag zuzustimmen. 2013 knickte sie dann aber doch ein und erfüllte unsere Forderung.

### INTERNETAUSBAU

Auch für die Zukunftsfähigkeit des Freistaats haben wir Erfolge vorzuweisen. Noch 2006 wollte der damalige CSU-Wirtschaftsminister Erwin Huber den Internetausbau in Bayern „dem Markt“ überlassen. Das Ergebnis: Viele Regionen surfen bis heute auf Brieftaubenniveau. Nun endlich wird unser Vorschlag einer stärkeren staatlichen Förderung umgesetzt.

### SANIERUNG VON STAATSSTRASSEN

Der unermüdliche Einsatz der Landtags-SPD für eine Sanierung der zum Teil maroden Staatsstraßen hat sich ausgezahlt. Nach einer Kampagne in allen Regierungsbezirken und der Verleihung des Titels „Herr der 1.000 Schlaglöcher“ an den zuständigen Innenminister den Titel, nach intensiven Debatten im Haushaltsausschuss des Landtags haben wir uns durchgesetzt: Seit 2014 stehen endlich jährlich 250 Millionen Euro für die Staatsstraßen in Bayern zur Verfügung.

### PSYCHISCH KRANKE

Auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion wird endlich ein bayerisches Gesetz für den Umgang mit psychisch kranken Menschen entwickelt. Das hat der Gesundheitsausschuss beschlossen. Künftig gilt für diese Menschen das Gesundheitsrecht - und nicht mehr das Polizeirecht. Wie übrigens bereits jetzt in 14 von 16 Bundesländern.

## Termine

**05.02.2018 - 19:30 Uhr**  
**Rote Runde Hasenbuck:**  
**Jahreshauptversammlung**  
 Gasthof Süd,  
 Ingolstädter Straße 51

**06.02.2018 - 17:00 Uhr**  
**Elternbüro der SPD Nürnberg: Sprechstunde**  
 bis 19 Uhr. Karl-Bröger-Zentrum, Karl-Bröger-Str. 9. Bitte melden Sie sich unter der Nummer 0911/438960 an, damit wir auf Ihren Besuch gut vorbereitet sind.

**06.02.2018 - 18:30 Uhr**  
**SPD Maxfeld:**  
**Jahreshauptversammlung**  
 AWO Begegnungsstätte,  
 Ludwig-Feuerbach Str. 2

**06.02.2018 - 19:00 Uhr**  
**SPD Wöhrd:**  
**Aktivensitzung**  
 AWO Begegnungsstätte,  
 Ludwig-Feuerbach-Str. 2

**06.02.2018 - 19:30 Uhr**  
**SPD Nordbahnhof-Vogelherd:**  
**Jahreshauptversammlung**  
 Arif Tasedelen (MdL) berichtet aus dem Landtag, Gasthaus Wäi Daham (Nebenraum), Pilotstraße 44

**06.02.2018 - 19:30 Uhr**  
**SPD Nordostbahnhof:**  
**Ortsvereinstreffen**  
 SIGENA, Plauenerstr.7

**06.02.2018 - 19:30 Uhr**  
**SPD Johannis:**  
**Aktiventreffen Februar**

## Ortsbegehung am störanfälligen Bahnübergang am Bierweg in Ziegelstein

VON MARTIN BURKERT, MdB

Große Sorgen bereitet uns der störanfällige Bahnübergang am Bierweg in Ziegelstein, den die Gräfenberg-Bahn stündlich circa zweimal passiert. Seit über zehn Jahren kommt es immer wieder zu Störungen mit klemmenden Schranken, die sich nicht mehr automatisch öffnen. Besonders viele Kinder queren den Bahnübergang auf ihrem täglichen Weg zur Grundschule, zum Hort beziehungsweise KiTa St. Georg und sind sehr verunsichert über richtiges Verhalten bei Störfällen.



Um Lösungsmöglichkeiten zu besprechen, habe ich Michael Kredel, Leiter des Regionalnetzes Franken der DB AG zu einer Ortsbegehung

nach Ziegelstein eingeladen. Im Gespräch mit Elternbeiräten, AnwohnerInnen und VertreterInnen des SPD-Ortsverein sowie des Vorstandvereins waren wir uns einig, dass erst eine Fußgängerunterführung zu einer echten

Verbesserung der Sicherheitslage führen würde - Kostenpunkt: 500.000 Euro. Soviel würde auch eine Schrankenanlage modernster Technik kosten, welche jedoch zum Beispiel durch Eingriffe von außen ebenfalls störanfällig wäre. Die Finanzierung einer Fußgängerunterführung

würde nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz zu je einem Drittel vom Bund, der Bahn und der Stadt getragen. Für diese Lösung werde ich mich gemeinsam mit Arif Tasedelen, MdL einsetzen – zum Wohle auch und gerade unserer Kinder ist das Geld sehr gut angelegt! ■

## Kinosaal statt Klassenzimmer: 10. Schulkinowoche wieder ein voller Erfolg!

VON MARTIN BURKERT, MdB

Auf den Tag genau elf Jahre nach meiner 1. Schulkinowoche fand am Montag vor Weihnachten bereits meine 10. Schulkinowoche statt. Damals wurde der Film „Eine unbequeme Wahrheit“ von und mit Al Gore gezeigt, der sich mit Ursachen und Folgen des Klimawandels befasst. 2007 erhielt Al Gore sogar den Friedensnobelpreis für seinen Einsatz. Seitdem hat das Thema nichts an Brisanz eingebüßt - im Gegenteil. Und so zeigte ich diesmal den zweiten Teil des Films: „Immer noch eine unbequeme Wahrheit“.

Bei der Auftaktveranstaltung stellte Wolfgang Müller, Klimaschutzbeauftragter der Stadt Nürnberg, sich und seine Arbeit vor. Besonders das Schulprojekt KEiM (Keep Energy in Mind) stieß auf das Interesse der Jugendlichen. Im Rahmen eines Wettbewerbs können SchülerInnen

ihre eigenen Klimaschutz-Projekte starten. Dr. Gerhard Brunner, Umweltbeauftragter der Bertolt-Brecht-Schule, stellte gemeinsam mit



seinen SchülerInnen eigene Klimaschutzprojekte vor – aus den Bereichen Strom- und Wassersparen sowie Recycling. Sehr begeistert hat mich ein von den 6. Klässlerinnen selbstgebasteltes Klimaschutzspiel aus Naturmaterialien. Über 1.400 SchülerInnen aus sieben Schulen haben den Film gesehen und, so hoffe ich, viel mitnehmen können. Kinosaal statt Klassenzimmer ist sicherlich nicht die schlechteste Abwechslung ... ■

# SPD zieht Konsequenzen aus Lohnprellerei auf staatlicher Baustelle in Nürnberg

## Neuer Anlauf für Tariftreue- und Vergabegesetz kommt in Kürze!

VON ANGELIKA WEIKERT, MdL

Vor zwei Jahren sorgten die Meldungen, dass auf der Baustelle des neuen Strafjustiz-zentrums in Nürnberg mehrere rumänische Bauarbeiter um ihren Lohn geprellt worden waren, für großes Aufsehen.

### Schwächste Glieder in der Kette sind die Leidtragenden

Die bis heute nicht restlos aufgeklärten Vorfälle zeigen, dass Kontrollen und Aufarbeitungen oft erst stattfinden, wenn es bereits zu spät ist. Vor allem belegt der Fall aber anschaulich, dass die schwächsten Glieder in der Auftragskette die Leidtragenden sind. In der Antwort auf eine Anfrage, die ich erhalten habe, musste die Staatsregierung eingestehen, dass sie nach wie vor nicht weiß, ob alle betroffenen Arbeiter mittlerweile ihren Lohn erhalten haben.

Abgesehen von einem laufenden Verfahren gegen einen Subunternehmer fallen die Konsequenzen für die beteiligten Firmen dürrftig aus. Formell verantwortlich ist der Hauptunternehmer. Bisher galt er als „präqualifiziert“, das bedeutet, dass er für die Übernahme öffentlicher Aufträge automatisch als geeignet angesehen wurde, da er sich weder arbeits- noch steuerrechtlich etwas zu Schulden hatte kommen lassen. Dieser Status wurde ihm entzogen, er muss seine Eignung nun wieder aufwendig im Einzelfall nachweisen. Weiterreichende Konsequenzen sind nach den bisherigen Richtlinien bei der Auftragsvergabe nicht möglich, das Unternehmen ist gegenwärtig sogar im Auftrag der Staatsbauverwaltung tätig.

Die Ursachen des Skandals sind eine unübersichtliche Subunternehmerkette, die vom bayerischen Baulöwen bis zu schwer greifbaren rumänischen Arbeitskräfteverleihern reicht sowie mangelhafte Kontrollen

und Sanktionen. Vor allem werden Chancen, gewissen Praktiken bereits bei der Auftragsvergabe Einhalt zu gebieten, nicht genutzt.

### Staatsregierung verweigert Konsequenzen – SPD bringt Gesetzentwurf ein

Die Staatsregierung behauptet weiter beharrlich, die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Kontrollen seien absolut ausreichend. Kurz: ein Fall wie der in Nürnberg kann jederzeit wieder passieren. Gerade vor dem Hintergrund, dass in den kommenden Jahren, beispielsweise im öffentlich



geförderten Wohnungsbau, Vergaben in größerem Umfang anstehen, ist diese Haltung unverantwortlich. 14 von 16 Bundesländern - alle bis auf Bayern und Sachsen - verfügen über ein Tariftreue- und Vergabegesetz und machen soziale Mindeststandards, umweltbezogene oder innovative Aspekte zur Bedingung bei der Vergabe ihrer Aufträge.

Die SPD wird in Kürze einen neuen Gesetzentwurf für ein bayerisches Tariftreue- und Vergabegesetz im Landtag einbringen. Neben einer Tariftreueerklärung zur Gewährung der Mindestarbeitsbedingungen und Mindestlöhne als Bedingung für die Auftragnehmer werden darin auch schärfere Kontrollmöglichkeiten und Sanktionen festgeschrieben. Wir nehmen Ausbeutung nicht einfach hin, sondern schöpfen den Rahmen des rechtlich Möglichen voll aus! ■

## Termine

06.02.2018 - 19:30 Uhr

SPD Laufamholz:  
Mitgliedertreffen  
SVL Sportheim,  
Schupfer Str. 81

06.02.2018 - 19:30 Uhr

SPD Ziegelstein:  
Jahreshauptversammlung  
mit Neuwahlen, Gaststätte  
TUSPO, Herrnhüttestr. 75

06.02.2018 - 19:30 Uhr

SPD Reichelsdorf-Mühlhof:  
Jahreshauptversammlung  
Sportgaststätte SV Reichelsdorf. Als Nichtmitglied bitte vorher anmelden:  
Hans.Russo@spd-reichelsdorf-muehlhof.de

06.02.2018 - 19:30 Uhr

SPD Gostenhof:  
Jahreshauptversammlung  
Raum 101, Nachbarschaftshaus Gostenhof,  
Adam-Klein-Str. 6

07.02.2018 - 19:00 Uhr

AG Migration und Vielfalt:  
Jahreshauptversammlung  
mit Wahlen, Käte-Strobel-Saal, Karl-Bröger-Zentrum

07.02.2018 - 19:30 Uhr

SPD Hummelstein:  
Jahreshauptversammlung  
Wirtshaus Galvani,  
Galvanistr. 10

13.02.2018 - 17:00 Uhr

Mieterbüro der SPD Nürnberg:  
Sprechstunde  
bis 19 Uhr

## Termine

**13.02.2018 - 19:30 Uhr**  
 SPD Eibach-Röthenbach-  
 Maiach: Ortsvereinsitzung  
 Kulturladen in der Röthen-  
 bacher Hauptstr. 74

**16.02.2018 - 19:30 Uhr**  
 SPD Gebersdorf/Großreuth:  
 Jahreshauptversammlung  
 Bürgertreff Gebersdorf,  
 Neumühlweg 2

**17.02.2018 - 23:59 Uhr**  
 SPD Nürnberg:  
 Antragsschluss  
 zur Jahreshauptversamm-  
 lung der SPD Nürnberg

**20.02.2018 - 17:00 Uhr**  
 Elternbüro der SPD Nürn-  
 berg: Sprechstunde  
 bis 19 Uhr. Karl-Bröger-Zen-  
 trum, Karl-Bröger-Str. 9. Bit-  
 te melden Sie sich unter der  
 Nummer 0911/438960 an,  
 damit wir auf Ihren Besuch  
 gut vorbereitet sind.

**21.02.2018 - 18:30 Uhr**  
 SPD Südwest:  
 Jahreshauptversammlung  
 Sportgaststätte SG Nürn-  
 berg-Fürth, Regelsbacher  
 Str. 56

**21.02.2018 - 19:00 Uhr**  
 AG AFB: Aktivensitzung  
 Käte-Strobel-Sitzungsraum  
 im Karl-Bröger-Zentrum,  
 Karl-Bröger Str. 9

# Glyphosat: sind die Ängste berechtigt oder wird Panik gemacht?

## Umgang mit Glyphosat in Nürnberg

VON CHRISTIAN VOGEL

Das umstrittene Unkrautgift Glyphosat ist seit Wochen regelmäßig in den Schlagzeilen, nachdem Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) auf europäischer Ebene im Alleingang – gegen das Votum von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) – zugestimmt hat, dass es weitere fünf Jahre europaweit in der Landwirtschaft eingesetzt werden kann. Seine Zulassung wäre eigentlich Ende 2017 ausgelaufen.

Umweltschützer machen Glyphosat mitverantwortlich für ein massives Artensterben – insbesondere, weil es in der industriellen Landwirtschaft in großen Mengen eingesetzt wird. Zudem steht es im Verdacht, für den Menschen krebserregend zu sein. Ignorieren die Verantwortlichen hier einfach die Gefahr für Mensch und Natur zugunsten einer möglichen Gewinnmaximierung zum Beispiel in der Landwirtschaft?

Fakt ist: Das Totalherbizid vernichtet alle Wildkräuter und entzieht dadurch Insekten die Nahrungsgrundlage und den Lebensraum. Das Insektensterben wiederum gefährdet auch andere Tierarten und letztlich die Lebensmittelproduktion für den Menschen, denn rund zwei Drittel der Kulturpflanzen sind auf Bestäuber angewiesen.

### Was macht Nürnberg

Der weiträumige Einsatz des Wirkstoffs bedroht die Pflanzenvielfalt in unseren Gebieten. Wir lehnen daher als Stadt aus Gründen des Artenschutzes und zum Erhalt der biologischen Vielfalt die weitere Zulassung des Wirkstoffes ab. Der Pflanzenschutz mit Chemie ist einer der Hauptgründe für den Verlust der biologischen Vielfalt auf unseren Äckern. Das gilt es zu verhindern. Dass es anders geht, zeigt der Ökolandbau, der weitgehend auf Pflanzenschutzmittel verzichtet. Als Stadt Nürnberg unterstützen wir seit vielen Jahren diesen Weg zum einen bei der Unterstützung in der Entwicklung des

Projekts „Bio-Metropole“, aber auch weil seit mehr als 20 Jahren in der Bewirtschaftung der städtischen Grünflächen - heute von den Servicebetrieben Öffentlicher Raum (SÖR) - auf den Einsatz von Herbiziden verzichtet wird. Auch für die Kleingartenanlagen im Stadtverband gilt diese Regel.

Zusammenfassend lassen sich folgende Feststellungen treffen: Grundsätzlich besteht ein Einsatzverbot für die von SÖR gepflegten städtischen Grünflächen. Dies betrifft auch die vom Sport-Service verwalteten Flächen sowie die im Stadtverband der Kleingärtner geführten Kleingartendaueranlagen. Auch für die von HVE Schule (Hausverwaltungseinheit Schule) gepflegten Flächen wird dies von nun an umgesetzt. In den landwirtschaftlichen Pachtverträgen im Zuständigkeitsbereich des Liegenschaftsamts ist ebenso wenig wie in den von den Bürgerämtern (BANOS) verwalteten Flächen ein ausdrückliches Verbot von Glyphosat enthalten. Privaten Unternehmen, die mit der Pflege städtischer Grünflächen durch SÖR beauftragt werden, ist der Einsatz des Wirkstoffs verboten.

### Auswirkungen des Einsatzes von Glyphosat in Nürnberg

Die bisher in Nürnberg durchgeführten Untersuchungen des Trinkwassers haben keine Hinweise auf eine Belastung mit Glyphosat und/oder AMPA (Aminomethylphosphonsäure, Hauptabbauprodukt des Breitbandherbizids Glyphosat) erbracht. Das Nürnberger Trinkwasser wird auch ausschließlich in Gebieten mit extensiver landwirtschaftlicher Nutzung gewonnen. Diese Gebiete werden regelmäßig in Kontrollgängen auf potentielle Kontaminationsrisiken hin in Augenschein genommen. Nach Auskunft der N-Ergie lagen alle bislang im Trinkwasser erhobenen Glyphosat-Messungen unter der aktuellen Bestimmungsgrenze von 0,025 µg/l.

Auch in Zukunft gilt: Vorsicht ist besser als Nachsicht. Wir haben nur eine Natur. ■

# Was ist ein Beschluss der Jusos schon wert?

## Was wird eigentlich aus den Anträgen der Jusos?

VON PAUL KALTENEGER

Im Dezember war sie wieder, die Jahreshauptversammlung der Jusos Nürnberg. Wer schon länger mit im Boot ist, nennt die Versammlung einfach „JHV“ und wer neu dabei ist, hat meist erstmal Respekt vor dem so wichtig klingenden Termin. Groß und wichtig klingt das Ganze – und irgendwie ist es das auch ein bisschen. Der große Willy-Pröll-Saal ist gemietet, Catering ist bestellt und es kommen so viele Jusos zusammen wie zu kaum einem anderen Anlass im Jahr. Und wenn man genau hinsieht, findet man das eine oder andere gebügelte Hemd oder Sacco an Genossen, die man sonst eher in T-Shirt und Pulli antrifft. Was dann auf der Jahreshauptversammlung geschieht, haben die neuen Genoss\*innen im Dezember erfahren und wir haben euch hier im Springenden Punkt davon berichtet. Ein Vorstand wurde gewählt, es wurde viel diskutiert, es wurden Anträge beschlossen und am Ende wurde noch eine Runde zusammen gesungen – das volle Programm eben, das diejenigen, die schon länger dabei sind und „JHV“ sagen, so kennen.

So wird der Beschluss zu realer Politik. Aber was passiert eigentlich danach mit den Beschlüssen, die man gefasst hat? Über ein Dutzend Anträge haben die Jusos im Dezember beschlossen – für wen eigentlich? Man könnte meinen, es geht nur darum, die Mehrheitsmeinung im Verband zu erörtern und festzulegen, welche Positionen man nach außen vertritt. Aber die Antragsarbeit der Jusos ist viel mehr als das und die Anträge sind bei den Jusos Nürnberg noch lange nicht am Ende ihres Wegs. Manchmal ist der Weg ein kurzer, zum Beispiel der zum Nürnberger Stadtrat. Unsere beschlossenen Anträge bringen wir auf der JHV der SPD Nürnberg ein

und werben dort für eine Mehrheit – und wenn wir die finden, landen unsere Forderungen direkt im Stadtrat. Letztes Jahr haben wir zum Beispiel erreicht, dass unsere Forderungen nach mehr E-Mobilität beim Fuhrpark der Stadt beschlossen wurde und sich die SPD im Stadtrat dafür ausspricht, Wohneigentümer stärker in die Pflicht zu nehmen, Leerstand zu vermeiden.

Manchmal ist der Weg, den die Anträge zurücklegen, auch ein etwas längerer.



Auf höheren Ebenen heißen die Veranstaltungen zwar nicht mehr JHV, aber auch auf den mit BeKo, LaKo und BuKo abgekürzten Juso-Versammlungen (Bezirkskonferenz, Landeskonferenz, Bundeskongress) können Anträge eingebracht werden. So ist beispielsweise letztes Jahr die Forderung nach kostenfreiem ÖPNV für Schüler\*innen von Nürnberg nach Mittelfranken, von Mittelfranken nach Bayern und dort auf den Landesparteitag der SPD (Codewort: LPT) gewandert. Nachdem er dort beschlossen wurde, stellte die Landtagsfraktion unsere Forderung aus Nürnberg im Landtag. Beschlossen wurde sie dort zwar nicht, aber gefreut hat es uns trotzdem. Und wenn wir dieses Jahr einen guten Wahlkampf hinlegen, kann sich die SPD ja vielleicht sogar in Zukunft, bewaffnet mit unseren Forderungen, im Landtag gegen die CSU durchsetzen... ■

## Termine

22.02.2018 - 17:00 Uhr

**AfA: Offene Sitzung**  
Karl-Bröger-Zentrum,  
Raum „Käte Strobel“,  
Karl-Bröger-Straße 9

24.02.2018 - 14:00 Uhr

**SPD Laufamholz:**  
**Neujahrsempfang 2018**  
mit Angelika Weikert, MdL  
und Thorsten Brehm, StR;  
Gemeindsaal der Heilig-  
Geist-Kirche, Am Doktors-  
feld 13

27.02.2018 - 14:00 Uhr

**AG 60+:**  
**Jahreshauptversammlung**  
Wilhelm-Riepekoehl-Raum  
im Karl-Bröger-Zentrum,  
Karl-Bröger-Straße 9

27.02.2018 - 17:00 Uhr

**Mieterbüro der SPD Nürn-  
berg: Sprechstunde**  
bis 19 Uhr

28.02.2018 - 19:00 Uhr

**SPD Johannis:**  
**„Bring dein Thema mit!“**

28.02.2018 - 19:00 Uhr

**SPD Gartenstadt:**  
**Aktivensitzung**  
Gaststätte Gesellschafts-  
haus Gartenstadt, Buchen-  
schlag 1

05.03.2018 - 19:30 Uhr

**Rote Runde Hasenbuck**  
Gasthof Süd, Ingolstädter  
Straße 51



### Die Karl-Bröger-Gesellschaft lädt ein:

#### Kulturtour: München

FC Bayern Allianz Arena und  
Kunst von Gabriele Münter  
am Sonntag, 11.2.2018  
Abfahrt: 7.17 Uhr mit dem Zug  
Rückkehr: ca. 19.49 Uhr  
Kosten: 50,- Euro pro Person  
(Mitglieder: 45,- Euro)  
inkl. Zugticket ohne Mittagessen

#### Kulturtour: Würzburg

Shalom Europa und Konkrete Kunst  
am Sonntag, 4.3.2018  
Abfahrt: 9:05 Uhr mit dem Zug  
Rückkehr: ca. 19 Uhr  
Kosten: 30,- Euro pro Person  
(Mitglieder: 25,- Euro)  
inkl. Zugticket ohne Mittagessen

Bitte Anmeldung per E-Mail: [info@karl-broeger-gesellschaft.de](mailto:info@karl-broeger-gesellschaft.de)  
oder Telefon 448383 an unser Büro

Landtagskandidatin  
Kerstin Gardill lädt ein zum:

## Wahlkampf- Frühschoppen

für den Stimmkreis  
Nürnberg-Ost  
Sonntag, 18. Februar 2018,  
ab 10.30 Uhr,  
Willy-Pröß-Saal, KBZ

### Einladung zur Jahreshaupt- versammlung der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt

Mittwoch, den 7. Februar 2018  
um 19:00 Uhr im Käte-Strobel-  
Saal des Karl-Bröger-Zentrums

#### Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Konstituierung  
Wahl der Wahlkommission  
Beschlussfassung Tagesordnung
3. Bericht der Vorsitzenden
4. Aussprache zum Bericht
5. Entlastung des Vorstands
6. Wahlen
7. Antragsberatung
8. Schlusswort

### Einladung zur Jahreshaupt- versammlung der AG 60plus Unterbezirk Nürnberg

Dienstag, den 27. Februar 2018  
14.00 Uhr im Raum Wilhelm Rie-  
peckohl des Karl-Bröger-Zentrums

#### Tagesordnung:

- Eröffnung und Begrüßung  
Totenehrung  
Bericht der Vorsitzenden /  
Aussprache  
Wahlvorschläge  
und Wahlen Delegierte  
Ausblick und Schlusswort  
der Vorsitzenden*



### Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg  
Verantwortlich: Michael Arnold  
Redaktion: Thorsten Brehm,  
Tim Koss, Andreas Mittelmeier,  
[dsp@spd-nuernberg.de](mailto:dsp@spd-nuernberg.de)  
Redaktionsanschrift:  
der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,  
90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie  
Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint  
jeweils am Anfang eines Kalendermonats.  
Auflage: 5.500 Exemplare

# der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg. Nächstes Erscheinen: Anfang März 2018!